Stellungnahme des Beirats zum Sachsen-Monitor 2026

Einleitung

Sachsen-Monitor 2026 in Zeiten einer angespannten Weltlage

Der Sachsen-Monitor 2026 markiert das zehnjährige Jubiläum der größten sächsischen Bevölkerungsbefragung. Viele der aktuell erhobenen Daten können deshalb auch zu früheren Befunden in Beziehung gesetzt werden und dadurch längerfristige Trends sichtbar machen.

Im Sachsen-Monitor 2026 fällt methodisch der an vielen Stelle gestiegene Anteil von „weiß nicht"-Antworten auf, möglicherweise angesichts der schwierigen außen- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die eine klare Positionierung erschweren: Der fortdauernde Krieg Russlands gegen die Ukraine, die veränderte US-Politik unter Präsident Trump, insbesondere auch die Zoll-Politik, die Klimakrise sowie die Konflikte im Nahen Osten und mit dem Iran verstärken das Gefühl internationaler Unsicherheit bei sich abschwächender weltwirtschaftlicher Entwicklung. In Deutschland prägten neben wirtschaftlichen Herausforderungen auch gesellschaftspolitische Spannungen die öffentlichen Debatten. Zentrale Themen waren: Hohe Energiepreise, Reformen bei Rente, Gesundheit und Pflege mit Leistungsreduzierungen und höheren Kosten für die Bürger, der Wunsch nach Bürokratieabbau sowie eine Beschleunigung des politischen Handelns zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Die Folgen der aufgezeigten Rahmenbedingungen erreichen Sachsen unmittelbar und treffen private Haushalte aber besonders auch Industrie und Mittelstand in Sachen wegen ihrer Exportorientierung. Damit ist wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit für Sachsen eine Frage gesellschaftlicher Stabilität. Energiepreise, die für die Wirtschaft wettbewerbsfähig und für die privaten Haushalte bezahlbar sind, exzellente Forschung und innovative Produktion, gesteuerte Zuwanderung, ein leistungsfähiger Sozialstaat, sichere Arbeitsplätze, bezahlbarer Wohnraum, funktionierende Infrastruktur und verlässliche und klimabewusste Rahmenbedingungen sind entscheidend für Bürger, Handwerk und Wirtschaft und damit für die Zukunftsperspektiven der Regionen.

Das Bild, das sich vor diesem Hintergrund ergibt, ist allerdings facettenreicher, vielschichtiger und stellenweise auch positiver als es vielleicht zu erwarten war.

Die Zehn wichtigsten Ergebnisse des Sachsen-Monitors 2026:

1. Zukunftsoptimismus

Die Sachsen sind für die Zukunft des Landes weniger zuversichtlich als sie es für sich persönlich sind.

Nur noch 48 % geben an, mit Optimismus auf die Zukunft des Landes zu schauen. Das ist gegenüber 2023 ein Rückgang um 7 Prozentpunkte. Der bereits 2023 festzustellende negative Trend setzt sich damit fort.

Dagegen schauen die Sachsen ganz überwiegend mit knapp 61 % optimistisch auf die eigene Zukunft. Gegenüber 2023 ist der Wert nahezu stabil (-1,7 Prozentpunkte). In den jüngeren Altersgruppen liegt der Wert sogar bei über zwei Dritteln (18-29: 67,1 %, 30-39: 68,4 %).

8 von 10 Sachsen geben an, ihr Leben selbst in der Hand zu haben und 7 von 10 Sachsen sind der Überzeugung, dass Anstrengungsbereitschaft Garant für Erfolge im Leben ist. Bei den jüngeren liegen die Werte noch einmal höher (18-29: 85,1 %, 30-39: 79,8 %).

Als mit weitem Abstand größte Chance Sachsens sehen die Befragten den Themenkreis Wirtschaft mit Unternehmensansiedlungen, Investitionen und Industrie. Gleichzeitig wird die wirtschaftliche Entwicklung auch als größtes Problem identifiziert, gefolgt vom Themenkreis Arbeitsmarkt mit Arbeitsplätzen, Löhnen und Fachkräftemangel und der Migration.

Damit lässt sich konstatieren: Die Sachsen verlieren nicht das Zutrauen in sich selbst und ihre Möglichkeiten, ihr Leben erfolgreich zu gestalten, sehen aber die Rahmenbedingungen kritisch.

2. Wirtschaftliche Lage

Die Bewertung der wirtschaftlichen Lage hat sich weiter verschlechtert und erreicht einen historischen Tiefpunkt.

Nur noch gut 35 % bewerten die wirtschaftliche Lage Sachsens als sehr gut oder gut. Mehr als 62 % bewerten sie als eher schlecht oder sehr schlecht. Das ist eine Verschiebung um ca. 17 Prozentpunkte gegenüber 2023.

Auch die regionale wirtschaftliche Zukunft wird deutlich skeptischer beurteilt. Nur noch knapp 49 % bewertet diese als gut. Das ist ein Rückgang von mehr als 7 Prozentpunkten. Das korrespondiert mit dem hohen Niveau an Unternehmensinsolvenzen und dem Rückgang von Arbeitsplätzen in Sachsen.

Die Zahlen zeigen, dass die in der Einleitung dargestellten Entwicklungen und konkret zum Beispiel die Diskussionen um den VW-Standort Zwickau von der sächsischen Bevölkerung wahrgenommen werden und ihre Bewertungen maßgeblich prägen.

3. Zufriedenheit mit dem Wohnort und der Entwicklung der Region

Eine hohe Verbundenheit mit dem Wohnort trifft auf den Eindruck unzureichender Mitgestaltungsmöglichkeiten.

Mehr als 90 % der Sachsen geben an, sich an ihrem Wohnort wohlzufühlen, fast ebenso viele halten ihn für lebenswert (87,1 %) und fühlen sich dort sicher (86,0 %).

Kritisch werden die Möglichkeiten zur Mitgestaltung der Entwicklung ihrer Region gesehen. Diese werden nur von einem knappen Viertel als ausreichend erachtet.

Daneben empfindet ein gutes Viertel den eigenen Wohnort als abgehängt.

Als wichtigen Motor für die regionale Entwicklung werden Wissenschaft und Forschung gesehen (76,0 %). Viele Menschen trauen ihrer Region zu, bei neuen Technologien eine führende Rolle einzunehmen.

In Zusammenschau mit der zum Zukunftsoptimismus dargestellten Ergebnisse kann davon ausgegangen werden, dass die hohe Zufriedenheit mit dem ummittelbaren Lebensumfeld einen wesentlichen Beitrag für die hohe persönliche Zuversicht leistet.

4. Bewertung von Wiedervereinigung und der Rolle Ostdeutschland

Die Wiedervereinigung und der Aufbau Ost werden sehr positiv bewertet, die Stellung der Ostdeutschen im vereinigten Deutschland dagegen kritisch gesehen.

Die Aufbauleistung nach der Wiedervereinigung wird 35 Jahre später weiter zunehmend als sehr positiv bewertet. Mehr als 85 % der Sachsen sind stolz auf das seit 1990 erreichte (stimme voll zu/stimme eher zu).

Ähnlich hoch wird die Bedeutung der Erinnerung an die Friedliche Revolution eingeschätzt. Für fast 83 % der Sachsen ist sie wichtig (stimme voll zu/stimme eher zu). In den jüngeren Zielgruppen ist sie etwas geringer aber mit mehr als zwei Dritteln ebenfalls auf sehr hohem Niveau (18-29: 68,8 %, 30-39: 79,7 %).

Die Zahl derjenigen, die der Auffassung sind, dass über die Umbrüche und Erfahrungen in der Zeit nach der Wiedervereinigung ausreichend gesprochen wird, ist gegenüber 2023 um mehr als zehn Prozentpunkte angestiegen und wird mit 53 % von der Mehrheit geteilt.

Hohe Zustimmung findet auch die Bewertung der DDR als Unrechtsstaat mit mehr als zwei Dritteln (67,7 % stimme voll zu/stimme eher zu). Der Wert ist um knapp 8 Prozentpunkte gestiegen.

Die Wahrnehmung, als ostdeutscher Bürger zweiter Klasse zu sein, hat die Mehrheit (51,2 % stimme voll zu/stimme eher zu). Allerdings ist der Wert gegenüber 2023 um fast 9 Prozentpunkte zurückgegangen.

Angesichts dieser Zahlen kann konstatiert werden, dass die Sachsen den Fall der Mauer, die Wiedervereinigung und die Aufbauleistung danach ganz überwiegend positiv bewerten und sich damit stark identifizieren. Dazu kontrastiert das fortbestehende Anerkennungsdefizit, dass sich allerdings spürbar verbessert hat.

5. Zufriedenheit mit der Demokratie

Die Sachsen schätzen die Demokratie als Regierungsform, sind aber mit ihrem Funktionieren mehrheitlich unzufrieden.

Die Demokratie genießt in Sachsen ein hohes Ansehen. 87 % halten sie für eine gute Regierungsform. Die Akzeptanz ist gegenüber 2023 noch einmal um gut 4 Prozentpunkte gestiegen.

Allerdings ist eine Mehrheit (54,3 %) damit unzufrieden, wie die Demokratie in Deutschland konkret funktioniert.

Mehr als drei Viertel (76,5 %) sehen wenig oder keinen Einfluss auf das Regierungshandeln.

Gleichzeitig stimmen mehr als 87 % der Aussage zu, dass mehr Einflussnahme durch Volksabstimmungen das politische Interesse vieler Menschen erhöhen würde.

Die Wahlbereitschaft bleibt dennoch hoch: Über 80 % würden an Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen teilnehmen. In der jüngsten Altersgruppe liegen die Werte jedoch etwas niedriger (18-29: Bundestagswahl: 74,9 %, Landtagswahl: 71,3 %, Kommunalwahl: 68,4 %).

Die Zahlen zeigen den ausgeprägten Wunsch, den Kern der Demokratie durch direktere Beteiligung der Bevölkerung an den wesentlichen öffentlichen Angelegenheiten zu stärken. Die Ergebnisse müssen auch im Licht der im Folgenden dargestellten Ergebnisse zum Institutionenvertrauen bewertet werden. Sie können so auch als Ausdruck eines Protestverhaltens verstanden werden.

6. Vertrauen in Institutionen

Auch in Sachsen ist das Vertrauen in Polizei und Justiz deutlich höher als in die Politik während das Vertrauen in die Medien wieder steigt.

Mit über 72 % genießt die Polizei das höchste Vertrauen aller staatlichen Institutionen, gefolgt von den Gerichten mit über 63 %. Diese Werte haben sich gegenüber 2023 um mehr als

6 Prozentpunkte verbessert. Auch das Vertrauen in die Wissenschaft ist mit über 72 % sehr hoch und gegenüber 2023 um mehr als 6 Prozentpunkte deutlich gestiegen.

Politische Institutionen liegen deutlich darunter: Der Landtag erreicht knapp 43 %, die Landesregierung knapp 44 %, der Bundestag knapp 28 % und die Bundesregierung 19 %. In der jüngsten Zielgruppe werden Bundestag und Bundesregierung deutlich besser bewertet (18-29: Bundestag 38,1 %, Bundesregierung 24,9 %).

Etwas besser als auf Landes- und Bundesebene sind die Werte auf kommunaler Ebene (Bürgermeister: 52,9 %, Gemeinde-/Stadträte: 52,0 %, Landräte: 39,7 %).

Das Vertrauen in Medien liegt bei knapp 28 % ist aber gegenüber 2023 mit fast 13 Prozentpunkten deutlich gestiegen. Hier weichen die Werte im bundesweiten Vergleich besonders deutlich nach unten ab.

Die erheblichen Unterschiede beim Institutionenvertrauen legen nahe: Verlässlichkeit und Problemlösung sind die wichtigsten politischen Vertrauensfaktoren. Die nachvollziehbare Vermittlung von Entscheidungen und deren Gründe sind essentiell für das Vertrauen der Bürger in die Gremien.

7. Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit

Die Verhältnisse in Deutschland werden weiter überwiegend als ungerecht empfunden. Die soziale Sicherheit wird besonders im Alter und für kommende Generationen mit Sorge betrachtet.

Die Wahrnehmung, dass es in Deutschland eher ungerecht zugeht, ist auch 2026 bei mehr als 61 % der Sachsen ausgeprägt. Der Wert liegt leicht unter dem Ergebnis des Jahres 2023 (64 %), hatte aber vor 2018 im Sachsen-Monitor immer einen Wert unter 50 %. In den jüngeren Zielgruppen wird die Ungerechtigkeit im Jahr 2026 weniger stark wahrgenommen (18-29: 48,3 %, 30-39: 50,7 %).

Gleichzeitig ist der Anteil derer die einschätzen, ihren gerechten Anteil zu erhalten auf knapp 53 % gestiegen (+6,5 Prozentpunkte gegenüber 2023).

Besonders ausgeprägt sind die Sorgen um die Alterssicherung und die Zukunft kommender Generationen.

Die Zufriedenheit mit der sozialen Absicherung ist deutlich zurückgegangen auf gut 56 % (-11,1 Punkte gegenüber 2023).

Zugleich befürchten fast drei Viertel, dass die eigene Rente im Alter nicht zum Leben reichen könnte. 2018 lag dieser Wert noch bei 59 %. In den jüngeren Zielgruppen liegt der Wert für 2026 deutlich höher.

Auch die persönlichen Aufstiegsmöglichkeiten werden weiterhin kritisch gesehen. Die Mehrheit der Sachsen (53,1 %) bewerten ihre Chancen auf sozialen Aufstieg skeptisch.

Die größte Belastung bleiben mit deutlichem Abstand die Lebenshaltungskosten. Drei Viertel der Befragten sind damit unzufrieden. Allerdings hat sich dieser Wert gegenüber der Erhebung aus dem Jahr 2023 nicht grundsätzlich verändert, wohl aber gegenüber den Jahren davor (zwischen 40 und 50 %).

Die Sorge, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt verloren geht, ist mit gut 73 % nach wie vor hoch, aber wieder auf dem Niveau angekommen, auf dem sie sich in der Vergangenheit bewegt hat. 2023 hatte sie knapp acht Prozentpunkte höher gelegen.

Im besonders bedeutsamen Themenfeld soziale Sicherheit und Gerechtigkeit herrschen damit weiter überwiegend negative Wahrnehmungen vor, die wiederum die schwierigen Rahmenbedingungen widerspiegeln.

8. Abwertung von Gruppen

Gruppenbezogene Abwertung bleibt verbreitet, insbesondere trifft dies auch auf antisemitische Positionen zu. Bei einzelnen Einstellungen zeigen sich Verbesserungen, bei anderen Verschlechterungen.

Der Aussage, Jüdinnen und Juden versuchten, Vorteile aus ihrer Verfolgung während des Nationalsozialismus zu ziehen, stimmen knapp 29 % zu und knapp ein Viertel halten ihren Einfluss für zu groß. Knapp ein Fünftel stimmt der Aussage zu, die ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft infrage stellt. Bei den beiden mit 2023 vergleichbaren Aussagen steigt die Zustimmung, während die ausdrückliche Ablehnung deutlich zurückgeht.

Auch gegenüber anderen Gruppen bleiben abwertende Einstellungen ausgeprägt. Etwa 60 % unterstellen Menschen aus dem Ausland, ausschließlich zur Ausnutzung des Sozialstaats zuzuwandern. 51 % fühlen sich durch die Anwesenheit vieler Muslime wie ein Fremder im eigenen Land, und gut 46 % hätten Probleme mit Sinti und Roma in ihrer Nachbarschaft. Die Abwertung gleichgeschlechtlicher Beziehungen nimmt gegenüber 2023 zu.

Gleichzeitig gibt es positive Entwicklungen: Die Zustimmung zur Relativierung der NS-Verbrechen (12,0 %, -5,1 Prozentpunkte gegenüber 2023) und zur Abwertung Langzeitarbeitsloser (60,2%, -5,3 Prozentpunkte) geht zurück. Eine Mehrheit betrachtet ausländische Kolleginnen und Kollegen als Bereicherung.

Insgesamt zeigt sich in diesem Themenfeld ein gemischtes Bild.

Einen besonderen Schwerpunkt liegt im Sachsen-Monitor 2026 angesichts der einleitend aufgeführten Dichte der Veränderungen auf den Themen Transformation und Sicherheitspolitik. Bei der Transformation geht es dem Beirat insbesondere um den Umgang mit und die Auswirkungen auf die Veränderungsprozesse, insbesondere auf die mentale Gesundheit.

Daneben erscheint dem Beirat vor dem einleitend dargestellten Hintergrund die Erhebung der Wahrnehmung der Sachsen auf die veränderte sicherheitspolitische Lage besonders bedeutend.

9. Transformation

Der größere Teil der Sachsen akzeptiert die notwendige Transformation und wünscht sich in die Entscheidungen stärker eingebunden zu werden. Die Veränderungen werden gleichzeitig in erheblichem Umfang als psychische Belastung wahrgenommen.

Knapp 60 % der Sachsen sind bereit, sich auf neue Entwicklungen und erforderliche Veränderungen einzustellen, wobei in den jungen Altersgruppen diese Bereitschaft deutlich ausgeprägter ist (18-29: 85,6 %, 30-39: 84,7 %). Auffällig ist, dass bei dieser Frage ein Viertel unentschlossen ist.

Dabei sehen nur gut 38 % die Chancen des Wandels im Vordergrund. Auch hier fallen die deutlich höheren Werte der jungen Altersgruppen (18-29: 57,0 %, 30-39: 43,3 %) und der Anteil Unentschlossener von ca. einem Drittel auf.

Gleichzeitig bestehen hohe Erwartungen an Innovation, Forschung, Digitalisierung und wirtschaftliche Modernisierung.

Die verhaltene Bewertung des Wandels erklärt sich mit Blick darauf, wo die Sachsen die größten Veränderungen erwarten. Sorgen vor Arbeitsplatzverlust sind mit etwas mehr als 26 % erheblich. Bei den Jungen sind die Werte sogar noch deutlich höher (18-29: 35,6 %, 30-39: 40,0 %). Mangelnde Vorbereitung auf Veränderungen in der Arbeitswelt beklagen ein Drittel der Sachsen, in den jüngeren Altersgruppen deutlich weniger (18-29: 21,4 %, 30-39: 17,6 %).

Zentraler Kritikpunkt ist die Einbindung der Bevölkerung in die Veränderungsprozesse. Vier Fünftel meinen, große Veränderungen würden zu häufig ohne ausreichende Einbindung der Bevölkerung entschieden. Das korrespondiert mit den Ergebnissen, die im Themenfeld Zufriedenheit mit der Demokratie dargestellt wurden.

Die Veränderungen werden von erheblichen Teilen der Bevölkerung als überfordernd wahrgenommen. Knapp 6 % geben an, das träfe voll zu, weitere 17 % sagen des trifft eher zu und knapp 28 % antworten mit teils/teils (Summe 51 %). Dabei fällt auf, dass Frauen sehr viel stärker eine Überforderung wahrnehmen als Männer.

Eine Beeinträchtigung des Wohlbefindens durch die Veränderungen ist noch stärker ausgeprägt. Knapp 9 % geben an, das träfe voll zu, weitere 27 % sagen das trifft eher zu und über 30 % antworten mit teils/teils (Summe 66 %).

Besonders ins Auge fällt die verhaltene Bewertung der Veränderungen der Welt verbunden mit den Zahlen zur Wahrnehmung der eigenen Belastung dadurch. Die Zahlen zur Wahrnehmung der Belastung wurden in der Befragung 2026 erstmals erhoben, so dass kein Vergleich möglich ist.

10. Sicherheitspolitik

Die Sorge vor Krieg ist ausgeprägt. Die Bewertung der sicherheitspolitischen Konsequenzen ist uneinheitlich.

Mehr als 8 von 10 Sachsen sorgen sich vor weiteren Kriegen und militärischen Konflikten.

Gleichzeitig findet sich eine Mehrheit für eine allgemeine Wehrpflicht mit fast 52 % (plus 18,7 % teils/teils). In den Altersgruppen variieren die Werte allerdings deutlich. In der Altersgruppe 18-29 Jahre beträgt die Zustimmung knapp 30 % (hinzu kommen 19,1 % teils/teils).

Die Zustimmung und Ablehnung militärischer Unterstützung angegriffener Staaten zur Selbstverteidigung sind auf ähnlichem Niveau (39,5 % zu 32,0 %), während ein Viertel der Sachsen hier aber unentschlossen ist.

Eine Zusammenarbeit mit Russland in globalen Fragestellungen wünscht sich nur einer von zehn Sachsen.

Die Bewertung der sicherheitspolitischen Antworten auf die aktuellen Herausforderungen zeigt knappe Mehrheiten für den aktuellen Kurs Deutschlands, wobei gerade in der Frage der Wehrpflicht die unmittelbar Betroffenen deutlich abweichend votieren.

Fazit

In der Gesamtschau zeigt sich Sachsen als ein Land, dessen Bevölkerung über ein stabiles persönliches Fundament verfügt, zugleich aber mit wachsender Skepsis auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen blickt. Eine grundsätzliche Unterstützung der Demokratie steht neben Einstellungen, die gleiche Rechte und die Zugehörigkeit von Minderheiten infrage stellen. Dabei entsteht gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht allein durch wirtschaftliche Sicherheit und politische Beteiligung. Er setzt genauso die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen voraus. Dies ist gleichermaßen eine gesellschaftliche und demokratiepolitische Herausforderung.

Persönliche Zuversicht, Eigenverantwortung und die starke Verbundenheit mit dem eigenen Lebensumfeld stehen einem deutlich kritischeren Blick auf Wirtschaft, soziale Sicherheit und politische Institutionen gegenüber. Dabei bedeutet die kritische Haltung nicht eine grundsätzliche Ablehnung von Demokratie, gesellschaftlichem Wandel oder Modernisierung. Vielmehr zeigen die Ergebnisse eine hohe Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und Veränderungen mitzutragen. Diese Bereitschaft ist jedoch an Erwartungen geknüpft, insbesondere an wirtschaftliche Perspektiven und soziale Sicherheit, an staatliche Handlungsfähigkeit sowie an nachvollziehbare Entscheidungen und tatsächliche Möglichkeiten der Mitwirkung. Diese Balance zu gewährleisten, ist der Auftrag der sich den Ergebnissen des Sachsen-Monitors 2026 entnehmen lässt.